



**Stephan Baier**  
**Vortrag in Graz**  
**am 23.11.2006**

## „Stirbt Europa aus ?“

1. Eine einfache philosophische Frage: Welche Gesellschaft kann glücklich sein – eine, die die Jugend verehrt; oder eine, die das Alter schätzt? Logischerweise nur die, die das Alter schätzt, denn hier kann sich schon der 16jährige darauf freuen, mit zunehmendem Alter mehr geschätzt zu werden. In der Jugendwahn-Gesellschaft muss schon der 16jährige fürchten, bald weniger geschätzt zu werden. Und der Großteil der Gesellschaft muss der eigenen, vergangenen Jugendlichkeit nachtrauern.

Unsere Gesellschaft wird immer älter; das Durchschnittsalter steigt; die Zahl der alten Menschen nimmt zu, die der Jugendlichen ab. Es wäre nur logisch, daß die Alten ihre Wertvorstellungen und ihre Werthaftigkeit durchsetzen. Unsere alternde Gesellschaft müßte eine sein, die das Alter besonders schätzt, sollte man meinen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir erliegen dem Jugendwahn. „Anti-aging“-Produkte boomen; ein Buch mit dem absurden Titel „forever young“ schafft es auf die Bestsellerlisten; mit Cremchen und Wässerchen wollen wir unsere Haut bis ins hohe Alter aussehen lassen wie bei 18jährigen. Der Arbeitsmarkt sucht gezielt Unter-30-Jährige, möglichst mit 15jähriger Berufserfahrung.

Dabei erleben wir heute etwas, worauf die Menschheitsgeschichte uns nicht vorbereitet hat: hohes Alter. Die Zeitgenossen Goethes hatten eine durchschnittliche Lebenserwartung von 30 Jahren. Heute werden Japanerinnen im Durchschnitt 85 Jahre alt! Wir Europäer des 21. Jahrhunderts leben länger als alle unsere Vorfahren; zudem in einer Lebensqualität, die noch vor 2 oder 3 Generationen unvorstellbar gewesen wäre.

2. Nicht die Moral, sondern die Mathematik zwingt uns jetzt aber zu der Erkenntnis, daß die Fun-Gesellschaft der zurückliegenden Jahrzehnte ein Problem geschaffen hat, das nun unlösbar scheint. Im vergleichsweise reichen Europa waren Kinder offenbar für viele Menschen ein Luxus, den sie sich nicht leisten wollten. Nun wird die Aufrechterhaltung des Generationenvertrags zu einem Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können.

1995 standen in Deutschland 100 Erwerbstätigen 36 Personen im Rentenalter gegenüber; 2001 waren es bereits 44 Personen und im Jahr 2050 werden es 78 Personen sein. Der Anteil der Alten wächst und wächst und wächst: 2002 waren 15,9 % der Einwohner Österreichs über 65 Jahre alt. Während die Menschen immer älter werden, steigt der prozentuelle Anteil der Alten in der Gesellschaft hochgeschwindig an. Das gilt für ganz Europa. Der EU-Sozialkommissar Spidla sagt: „Die

*Bevölkerung nimmt ab. Die Zahl der Über-80-Jährigen explodiert von 18 auf 35 Mio im Jahr 2050... Im Jahr 2030 werden 20 Mio Arbeitskräfte fehlen.“*

Dramatischer ist, wie es in den kommenden Jahren weitergeht: Europaweit verdoppelt sich die Zahl der Über-65-Jährigen bis 2050 und die Zahl der Über-80-Jährigen verdreifacht sich.

1965 lag die Geburtenrate in Deutschland bei 2,4 Kindern, ein Jahrzehnt später bei 1,4. Innerhalb des 20. Jahrhunderts nahmen in Deutschland die Geburten um 72 % ab, während die Lebenserwartung gleichzeitig um 83 % stieg. Diese Zahlen sind es, die den Kern unseres Problems beschreiben: Beide Entwicklungen zusammen – die Steigerung der Lebenserwartung und der dramatische Rückgang der Geburten – stellen unsere Bevölkerungspyramide auf den Kopf.

Europa ist der einzige Kontinent, dessen Bevölkerung nicht nur hochgeschwindig altert, sondern schrumpft. Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung sinkt (von heute 11,5 % auf 7 % im Jahr 2050).

3. Der Wohlstand der europäischen Gesellschaften, die Stabilität des Sozial- und mit ihm auch des Rechtsstaates sind in Gefahr, weil die Gesellschaft aus dem Gleichgewicht geraten ist. Die Gleichung lautet: Bevölkerungs-Schrumpfung + Alterung = sinkende Steuereinnahmen + steigende Sozialausgaben = schrumpfendes Volkseinkommen.

Unser soziales System beruht auf der Voraussetzung eines halbwegs ausgewogenen Verhältnisses der Generationen. Die Kosten für Gesundheit, Pflege und Pensionen werden ins Astronomische steigen; spätestens wenn die letzten geburtenstarken Jahrgänge das Pensionsalter erreichen. Für die kleiner werdende Gruppe der Erwerbstätigen werden diese Summen schwerlich aufzubringen sein.

Der Demograph Herwig Birg sieht deshalb den Generationenvertrag kollabieren: *„Generationengerechtigkeit bei abnehmenden Generationengrößen ist ein unerreichbares Ziel, dessen permanente Verletzung auf die nachrückenden Leistungsträger demotivierend wirkt.“*

Am offensichtlichsten ist das Problem bei der Finanzierung der Pensionen: Nach dem Umlagesystem wird der Pensionsanteil der Sozialversicherungsbeiträge direkt an die Generation der Nichtmehr-Erwerbstätigen ausbezahlt. Die dritte Generation aber, jene der Kinder und Jugendlichen, wurde in den Generationenvertrag einfach nicht einbezogen.

Der Konstruktionsfehler des Generationenvertrags, der die Kinder vergaß und nur zwei der drei Generationen umfaßte, rächt sich heute. Herwig Birg meint sogar: *„Die familienfeindliche Fehlkonstruktion der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ist eine einzeln benennbare, wichtige Ursache des Geburtenrückgangs...“*

Durch die gestiegene Lebenserwartung werden die Kosten für Pensionen, für Gesundheit und Pflege extrem steigen. Durch die zunehmende Kinderlosigkeit werden diese Kosten von immer weniger Erwerbstätigen zu tragen sein. Will man die derzeitigen Sozialsysteme (bei allen Reformen) irgendwie erhalten, werden Steuern und Sozialabgaben weiter steigen. Die ohnehin schon unter der hohen Abgabenquote stöhnenden Erwerbstätigen werden noch mehr belastet und demotiviert.

Durch explodierende Pensionsausgaben und höhere Budgetdefizite wird das Wachstum in der EU sich deutlich verringern. Die Arbeitgeber und Unternehmer werden ihre steigenden Sozialversicherungs-Kosten in die Produktpreise hineinrechnen müssen. Dadurch wird der Export mit nicht-europäischen Ländern erschwert und der Wirtschaftsstandort Europa verliert an Attraktivität. Das wirtschaftliche Gewicht der EU in der Welt wird sich nach Expertenprognosen fast halbieren. Das ist auch der Grund, weshalb das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung nicht zu einem Ende der Arbeitslosigkeit führen wird, wie manche Professoren zwangs-euphorisch behaupten.

Die Demographen warnen seit 30 Jahren, ohne daß ihnen jemand zuhören will. Europa braucht Kinder, aber stattdessen fördern oder propagieren wir

- die Gleichstellung homosexueller Gemeinschaften, die garantiert keine Kinder hervorbringen,
- die Steigerung der Frauenbeschäftigungsquote, damit noch mehr Frauen noch mehr von ihrem eigenen Kinderwunsch entfremdet werden,
- die Scheidung, damit Ehen noch instabiler und fragiler werden,
- die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche, damit Kinder noch teurer und Familienbildung finanziell noch riskanter wird.

Während Kinderreichtum individuell zum größten wirtschaftlichen Problem wurde, wird Kindermangel mehr und mehr gesamtgesellschaftlich zum größten, zum unlösbaren Problem in Europa. Allein dieses Paradox beweist, daß die Prioritäten der Gesellschaftspolitik falsch gesetzt werden. Eine ideologiefreie, vernünftige Politik würde alles belohnen, was zur Lösung der Probleme des Gemeinwesens nützlich ist, und alles erschweren, was diesen Lösungen hinderlich ist.

Wäre unsere Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vernünftig, dann würde sie Rahmenbedingungen zu setzen versuchen, die

- der Stabilität von Ehen dienen,
- die Entscheidung von Paaren für Kinder fördern,
- mehr Elternzeit mit den eigenen Kindern ermöglichen.

Aber leider ist unsere Politik noch immer so unvernünftig, daß es einfacher ist Kinder abzutreiben als Kinder zu adoptieren. Durch das Scheidungsrecht ist es leichter einen Ehemann loszuwerden als einen Untermieter. Und es ist nicht nur ein lebensgeschichtliches, sondern auch ein wirtschaftliches Abenteuer, eine Familie zu gründen.

Paradox: Es geraten umso mehr Kinder in Armut, je weniger Kinder geboren werden: „Während 1965, auf dem Gipfel des deutschen Babybooms, nur jedes 75. Kind unter sieben Jahren Sozialhilfe bezog, traf dies im Jahre 2004 auf jedes 7. Kind zu, - mithin rund das 16fache der Quote von 1965. Gleichzeitig stieg die Müttererwerbsquote von 1960 bis 2000 sogar um fast 60 Prozent. Mit durchschnittlich rund 70 Stunden pro Woche ist die Erwerbsbeteiligung deutscher Elternpaare ohnehin schon höher als in Schweden, wo ein Vollzeiterwerb bei 32 Stunden liegt. Sie dürfte auch kaum niedriger als in Frankreich sein, das für Vollzeitarbeit die 35-Stunden-Grenze kennt“ (Borchert).

5. Europa fehlen heute jene Kinder, die in den zurückliegenden drei Jahrzehnten abgetrieben wurden. Nach Angaben der „International Planned Parenthood Federation“ (IPPF), also einer die Abtreibung befürwortenden Organisation, werden jedes Jahr weltweit 46 Millionen Abtreibungen vorgenommen, davon 17 Prozent in Europa. Die Lebensschutzorganisation „Human Life International“ spricht sogar von 55 Millionen chirurgischen Abtreibungen jährlich. Wären die Kinder, die in den zurückliegenden drei Jahrzehnten abgetrieben wurden, geboren worden, gäbe es kein demographisches Problem in Europa.

Das sollte doch auch jenen Politikern zu denken geben, die Abtreibung für ein Frauenrecht halten. Was ist denn so besonders sozial daran, Frauen in Not die Tötung ihres eigenen Kindes als Lösung ihrer Probleme anzubieten? Müßte einer dramatisch alternden und zugleich schrumpfenden Gesellschaft nicht ein ganzer Strauß von Ideen kommen, wie man Frauen dafür gewinnen kann, sich für das Kind in ihrem Bauch zu entscheiden? Wieviel sollte es uns, dem Staat und der Gesellschaft, wert sein, daß Kinder geboren werden – ideell und materiell?

6. Wer immer das Licht der Welt erblickt, wird als Kind eines Vaters und einer Mutter geboren. Nichts ist deshalb selbstverständlicher und naturgemäßer als Vaterschaft und Mutterschaft. Doch Kinder sind ein zeitintensiver „Luxus“. Wer ihn sich leisten möchte, muss viel Zeit, Kraft und Geld investieren – und dies auf lange Sicht. Bei der Angleichung von weiblichen an männliche Karriere-muster kann man sich diesen Luxus oft nur unter Mühen leisten: Entweder fehlt das Geld oder die Zeit oder beides.

Es ist offensichtlich, daß die Mutterrolle heute vielfach ins Hintertreffen geraten ist. Dabei ist Muttersein das denkbar Fraulichste. Hier, allerspätestens, endet die Austauschbarkeit der Geschlechterrollen: Kein Mann kann diese Rolle je übernehmen. Die kinderlose Gesellschaft braucht eine Renaissance der Mütterlichkeit. Ohne eine neue, vor allem in der jungen Generation aufblühende gesellschaftliche Wertschätzung der Mutterschaft ist die Vergreisung Europas auf keinen Fall zu bremsen: nicht im demographischen und nicht im psychologischen Sinn.

Nichts ist kindgerechter, natürlicher und menschenwürdiger für Kinder, als mit Vater und Mutter, möglichst auch noch mit Geschwistern, aufwachsen dürfen. Spielt dann der Vater auch noch tatsächlich eine väterliche Rolle und beschränkt seinen Beitrag zur Familie nicht nur auf deren Finan-

ziehung, kümmert sich die Mutter tatsächlich mütterlich um ihre Kinder, dann hat das Kind die besten Chancen, glücklich aufzuwachsen.

Doch die modern-kapitalistische Entfremdung zunächst des Vaters und anschließend – im Namen des Feminismus – auch noch der Mutter von Familie und Kindererziehung ist ein gefährlicher Irrweg. Dessen erste Opfer sind die Kinder. Kinder brauchen Vater und Mutter, weil sie Liebe, Geborgenheit und Vorbilder brauchen. Sie brauchen die Verschiedenheit der elterlichen Rollen, die Verschiedenheit von Frau und Mann, von Mutter und Vater.

7. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, Kinder seien ein reines Privatvergnügen. Ein Luxus, den sich manche Paare gönnen, während andere stattdessen einen schicken Zweitwagen kaufen oder eine Weltreise buchen. Schließlich wird ja, erfreulicherweise, niemand gezwungen Kinder zu bekommen.

Aber wenn Kinderkriegen reines Privatvergnügen ist, wenn Elternschaft nichts mit der Gesellschaft zu tun hat, dann muss um der Gerechtigkeit willen auch die Alterssicherung privatisiert werden. Es kann es nicht gerecht sein, die Kosten einer Angelegenheit (in diesem Fall des Privatvergnügens „Kinder“) zu privatisieren, dann aber den Nutzen derselben zu sozialisieren. Wenn Eltern die „Aufzucht“ ihrer Kinder privat zahlen müssen, dann sollen die Kinder später auch nur die Alterssicherung ihrer eigenen Eltern zahlen. Kinderlose können ja auf anderen Wegen vorsorgen, also in Aktienpakete, Lebensversicherungen, Immobilien oder Sparbücher investieren.

8. Trotz aller Almosen, die den Familien im Umverteilungs-Staat zufließen, belohnen Staat und Gesellschaft tendenziell weiterhin Individualismus und Kinderlosigkeit; behindern und bestrafen weiterhin Familienbildung und Kinderreichtum. Solange die Eltern sich selbst um die Erziehung, Versorgung und Ausbildung ihrer Kinder kümmern, ist dies ihr Privatvergnügen. Erst wenn sie diese Arbeit delegieren, wird es für die öffentliche Hand teuer: Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen mit Nachmittagsbetreuung.

Ebenso mit der viel verspotteten Hausarbeit: Die sogenannte Nur-Hausfrau wird nicht nur vom Staat behandelt als täte sie nichts, sondern ist auch permanent der gesellschaftlichen Zurücksetzung ausgeliefert. Die Arbeit im fremden Haushalt (als Köchin, Putzfrau etc.) wird als echte Arbeit gewertet, die im eigenen Haushalt als Privatvergnügen. Die Erziehung und Betreuung fremder Kinder (als Tagesmutter, Kindergärtnerin, Lehrerin etc.) wird als echte Arbeit gewertet, die der eigenen als Privatvergnügen.

So betrachtet sinkt das Bruttosozialprodukt, wenn ein Junggeselle seine bisherige Haushälterin heiratet. Der Nationalökonom Friedrich List brachte das schon vor 150 Jahren auf den Punkt: *„In dieser ökonomischen Betrachtung ist, wer Schweine erzieht, ein produktives; und wer Kinder erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft“*.

Bei diesen Wertigkeiten ist es nicht nur vom gesellschaftlichen Prestige, sondern auch von den ökonomischen Rahmenbedingungen her naheliegend, Kinder und Haushalt rasch und umfassend an andere – möglichst billigere – Arbeitskräfte zu delegieren, um selbst einer außerfamiliären Erwerbsarbeit nachzugehen. Dadurch aber gerät ins Hintertreffen, worin der zentrale Wert der Erziehungsarbeit besteht, nämlich in dem Ziel, erwachsene und verantwortungsbewußte, und nicht nur saubere und satte Menschen heranzubilden.

9. Eine Gesellschaft, die nicht an Kinderlosigkeit zugrunde gehen will, muss die Familien- und Erziehungsarbeit nicht nur anerkennen, sondern auch bezahlen! Erziehungsarbeit geht über die sicher anspruchsvollen Tätigkeiten eines Tierwärters im Zoo oder eines Lehrers in der Schule hinaus: Sie ist eine hochqualifizierte, komplexe Tätigkeit, die Mutter und Vater vor immer neue psychologische, medizinische, pädagogische, technische, intellektuelle, handwerkliche, sportliche und vor allem auch zeitliche Herausforderungen stellt. Statt die außerhäusliche Erwerbsarbeit zum eigentlichen Lebenszweck und zur Quelle persönlicher Sinnfindung zu erklären, sollten alle gesellschaftlichen Kräfte bestrebt sein, die Erziehungsarbeit in ihrer Komplexität und in ihrer sozialen Bedeutung anzuerkennen.

In unserer materialistischen Gesellschaft funktioniert Anerkennung vor allem durch, aufgrund, und in Form von Bezahlung. Dabei geht es nicht um Almosen, nicht um eine Form der Sozialpolitik, sondern um Leistungsgerechtigkeit und politische Vernunft. Sozialpolitisch ist es lediglich geboten, daß der Staat jene unterstützt, die in eine besondere Notlage geraten und deshalb seiner solidarischen Hilfe bedürfen. Die Entlohnung der Erziehungsarbeit hat damit nichts zu tun. Hier geht es darum, Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Chancengleichheit herzustellen.

Dem Wesen der Familie würde es aber widersprechen, wenn die Eltern zu Angestellten des Staates würden, so als ob es zunächst die Zuständigkeit des Staates wäre, die Kinder zu erziehen. Wäre es so, dann müßten Eltern auch Erziehungsvorschriften der jeweiligen Regierung oder des Gesetzgebers akzeptieren. Bestenfalls würde dann eine Eltern-Gewerkschaft mit den zuständigen Ministerien über Gehaltserhöhungen und Leistungsziele in Verhandlungen eintreten. Logischerweise müßten Behörden in diesem Fall auch die Erfüllung der Erziehungsvereinbarungen überprüfen. Einer restlosen Verstaatlichung des Menschen wäre keine Grenze mehr zu setzen. Die Intimität der Familie wäre dahin.

Ohne diese Gefahr aber könnte man die Familie als Kleinunternehmen anerkennen, denn ihre ökonomische Seite ist unverkennbar. Familien produzieren: vor allem, aber nicht nur Humanvermögen. Familien konsumieren: zum Wohl ihrer Mitglieder, der Wirtschaft und des Staates. Familien sind unter anderem auch ökonomische Zweckgemeinschaften: Sie leisten eine Arbeit, die sonst gegen Bezahlung auf dem Markt erworben werden müßte, und sie bieten Pflegeleistungen, die in diesem Umfang von keiner anderen Solidargemeinschaft finanziert werden könnten. Was läge da näher, als die Familie als Betrieb, als Kleinunternehmen zu bewerten?

Der die Familien- bzw. Erziehungsarbeit leistende Elternteil wäre der Geschäftsführer des Unternehmens. Dank dieser Erwerbsarbeit wären er oder sie selbstverständlich sozialversichert, mit allen Folgen für Altersvorsorge und Krankenversicherung. Familienaufwendungen wie Familienauto, Wohnungsmiete, Gesundheitskosten, Bildungsmaterialien, Versicherungen und hin und wieder ein Geschäftsessen wären steuerlich absetzbar. Eine einfache Einnahmen-Ausgaben-Aufstellung zur Berechnung von Gewinn oder Verlust der Firma ist für Familienmanager(innen), die ihre Kinder durch Hauptschule oder Gymnasium boxen, keine Schwierigkeit. Die horrenden Mehrwertsteuerzahlungen, die Familien heute für Essen, Kleidung usw. an den Staat entrichten, würden mittels Umsatzsteuererklärung in die Familie zurückgeholt.

10. Wenn es wahr ist, wie der ehemalige deutsche Verfassungsrichter Paul Kirchhof behauptet, daß „das herkömmliche soziale Finanzierungssystem zusammenbrechen“ würde, wenn alle Eltern alle ihre Kinder in staatliche Obhut geben würden, dann wäre es nur logisch, die öffentliche Finanzierung bzw. Subventionierung für Betreuungseinrichtungen radikal zu liberalisieren: Anstatt Millionen in ein immer engeres und flächendeckenderes Netz verschiedener Kinderbetreuungseinrichtungen zu pumpen, sollte die öffentliche Hand dieses Geld lieber den Eltern in die Hand geben. Dann hätten die Mütter und Väter nämlich tatsächlich die freie Entscheidung, ob sie sich selbst (hauptamtlich) um Erziehung und Betreuung ihrer Kinder kümmern und das Geld vom Staat als Erziehungsgehalt einstecken, oder ob sie einer außerfamiliären Berufsarbeit nachgehen und mit dem Geld eine von mehreren Kinderbetreuungs-Möglichkeiten finanzieren.

Wenn junge Paare mehr Wahlmöglichkeiten haben, wenn junge Frauen nicht durch puren finanziellen Druck in die außerhäusliche Erwerbstätigkeit gezwungen werden, dann wird es auch mehr Bereitschaft zu Kinderphasen, und darum auch wieder mehr Kinder geben.

11. Die Überalterung der Gesellschaft zwingt uns zu einem Bewußtseinswandel, der nicht nur gesellschaftlich notwendig, sondern für den einzelnen auch befreiend wäre: Wenn auf dem Arbeitsmarkt 50jährige nicht mehr – wie absurderweise noch heute – als „altes Eisen“ betrachtet werden, sondern als erfahrungsreiche und dynamische Arbeitskräfte in der Lebensmitte, dann verliert das Altern langsam seinen Schrecken.

Länger arbeiten alleine nützt nicht. Es bedarf eines Bewußtseinswandels gegenüber dem Altern und den Alten, wenn wir nicht in jene „Zivilisation der Euthanasie“ schlittern wollen, vor der Frank Schirrmacher warnt. Die Euthanasie ist nämlich lebengeschichtlich gespiegelte Logik der Abtreibung – eine tödliche Logik!

12. Nicht nur die Länge unserer Lebensarbeitszeit muss sich durch die demographische Krise verändern. Auch ihr Verlauf muss modernisiert und den Notwendigkeiten angepaßt werden. Es ist absurd, daß Männer und Frauen ausgerechnet in jenem Lebensabschnitt vergleichsweise wenig verdienen, in dem sie eine Familie aufbauen könnten, also Geld für eine Wohnung oder ein eigenes Haus, Geld für Kinder, Geld für eine Unternehmensgründung bräuchten. Und es ist noch absurder,

daß Frauen ausgerechnet in jenem Lebensabschnitt Karriere machen sollen, in dem sie Kinder bekommen und ihre kleinen Kinder umsorgen könnten. Unvernünftig ist ebenso, den Frauen mit der Formel „*Familie und Beruf müssen vereinbar sein*“ die ganze Last dieser behaupteten Vereinbarkeit aufzubürden.

Wenn die Frau die Hausarbeit und die Kinderbetreuung auslagert, kostet dies Geld, das gerade in dieser Lebensphase oft knapp ist. Gibt sie jedoch den Beruf für die Familienbildung und Kinderbetreuung auf, kostet sie das noch viel mehr Geld: nämlich kurzfristig den Verzicht auf ein eigenes Einkommen, langfristig oft den Verzicht auf eine Karriere. Die Folge ist, daß viele Frauen sich zwischen Beruf und Familie zerrissen fühlen, hier wie da von schlechtem Gewissen geplagt werden oder einfach überfordert sind. Die demographisch fatale Folge ist auch, daß junge Paare ihren vorhandenen Kinderwunsch nicht oder nur teilweise realisieren.

Angesichts einer durchschnittlichen Lebenserwartung der Europäerin von acht Jahrzehnten muss man die Frage stellen dürfen, warum Familie und Beruf unbedingt gleichzeitig vereinbar sein sollen. Wäre es nicht denkbar, Familien- und Erziehungsarbeit in einer Lebensphase den Vorrang zu geben, der außerhäuslichen Erwerbsarbeit und der Karriere in der nächsten? Zeitlich einigermaßen vorgegeben ist diesbezüglich nur die Lebensphase, in der Frauen Kinder bekommen können. Alles andere beruht auf Konvention und Gesetzen, ist also veränderbar.

Warum sollte jemand, der eine Familie mit Kindern, und möglicherweise auch noch mit pflegebedürftigen Großeltern, managen kann, nicht in der Lage sein, eine Supermarktfiliale oder eine Anwaltskanzlei zu managen? Mutterschaft und Vaterschaft sind eine vielschichtige Zusatzqualifikation, denn Mütter und Väter sind Manager, Seelsorger, Pädagogen, Ärzte, Psychologen, Maurer, Köche, Taxifahrer, Ernährungs- und Sportwissenschaftler und in jedem Fall Wirtschaftswissenschaftler. Das Wissen, das sich eine Frau oder ein Mann im Familienmanagement erwirbt, wird an keiner Universität gelehrt und mit keinem Diplom bestätigt. Dieses Wissen ist praxisbezogen, immer kritisch hinterfragt, anwendbar, fächerübergreifend und durch jahrelange Innovation gereift.

13. Weil die Zahl der Erwerbsbevölkerung dramatisch sinkt und die Zahl der Nicht-mehr-Erwerbstätigen, insbesondere der Hochbetagten, steil steigt, sind zunehmende Verteilungskämpfe zwischen den Generationen vorprogrammiert. Weil die Europäer älter und weniger werden, während ihre Nachbarn südlich des Mittelmeeres jünger und mehr werden, werden sich diese Verteilungskämpfe aber nicht auf einen Generationenkonflikt begrenzen lassen. Während in den USA die hohen Geburtenziffern der hispanischen Bevölkerung für ein demographisches Gleichgewicht und zugleich für eine Verschiebung innerhalb der Gesellschaft führen, bildet das Mittelmeer für Europa eine Kultur-, Wohlstands- und Fertilitätsgrenze, deren Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann.

Eine Verschärfung der Konflikte und wachsender Verteilungsstress ist zu erwarten:

- zwischen den Generationen,

- zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern,
- zwischen Ureinwohnern und Zuwanderern,
- zwischen den kinderreichen Nationen südlich des Mittelmeeres und den kinderlosen nördlich davon.

Jedes dieser Konfliktfelder wäre isoliert schon Herausforderung genug. Doch diese Spannungen haben eine gemeinsame Ursache – die selbstverschuldete Kinderlosigkeit der Europäer – und sie bedingen und verstärken sich in ihren Wirkungen.

In dieser Zeit zunehmender Spannungen braucht die Gesellschaft, um in der Krise zu überleben, exakt jene Tugenden, die man nur in der Familie lernen kann: v.a. die Bereitschaft persönlich Verantwortung zu übernehmen – für sich und für andere; und die Größe, beim Wort „Zukunft“ nicht an den nächsten Wahltermin zu denken, sondern an die Lebenserwartung der eigenen Enkel.